

Mehr Infos und Kontrollen in Schutzgebieten

Thurgau Die Thurgauer Seepolizei hat in den letzten Jahren die Information in den Schutzgebieten an See und Rhein auf verschiedenen Kanälen verstärkt, schreibt der Regierungsrat in der Beantwortung einer Einfachen Anfrage von Nina Schläfli (SP, Kreuzlingen). Angesprochen würden Bootsfahrer, Stehpaddler und andere Wassersportler. Durch deren steigenden Aktivitäten habe sich der Druck auf die Naturschutzgebiete erhöht.

Die Seepolizei leistet jährlich 2000 Mannstunden zur Gewässerüberwachung. Nebst der Kontrolle der Schifffahrtsgesetzgebung hat sie auch ein Auge auf die Einhaltung der Verbote und Schutzvorschriften der Schutzgebiete. Beispielsweise dürfen Bestände von Wasserpflanzen wie Schilf, Binsen und Seerosen grundsätzlich nicht befahren werden. Verstösse werden laut Regierungsrat äusserst selten festgestellt.

Das Amt für Raumentwicklung steht im Dialog mit «digitize the planet», eine Organisation, die Geodaten an Anbieter von Apps und Webseiten für die Planung liefert. Ziel ist es, dass solche Plattformen künftig keine Routen durch sensible Gebiete anzeigen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass ein grosses Informationsangebot für Freizeitsportler besteht, mit dem auf Nutzungskonflikte mit dem Naturschutz hinweist Neben einer geplanten Ausschilderung der internationalen Wasser- und Zugvogelreservate hat die Jagd- und Fischereiverwaltung bei tiefen Wasserständen heikle Gebiete abgesperrt, beispielsweise in der Badi Triboltingen. Geplant ist auch eine Verstärkung der Reservatsaufsicht.

«Die Regierung hat die Problematik auf dem Radar und plant, beziehungsweise trifft zusätzliche Massnahmen», anerkennt die Fragestellerin Nina Schläfli. Nicht ganz einverstanden sei sie mit der Aussage, dass die Information der Freizeitsportlerinnen und -sportler nicht weiter verbessert werden könne. (wu)

Umweltgeschichte seit 3000 Jahren

Thurgau Wie Klima- und Umweltdaten der letzten Jahrtausende im Kanton Thurgau zu gewinnen sind - zu diesem aktuellen Thema organisiert der Historische Verein des Kantons Thurgau einen öffentlichen Vortrag mit den Archäologen Hansjörg Brem und Urs Leuzinger. Der Anlass findet am am Dienstag, 24. Oktober, 19 Uhr im Staatsarchiv in Frauenfeld statt. Unter dem Titel «KUMiT» (Klima und Umwelt im Thurgau) läuft seit 2019 ein Projekt mit dem Ziel, Klima- und Umweltdaten der letzten 15 000 Jahre im Kanton Thurgau zu gewinnen; Hauptquelle sind dabei Ablagerungen am Grund von Hüttwiler- und Bichelsee. Im Fokus des Vortrags stehen die letzten 2000 bis 3000 Jahre. (red)



Der Vorkämpfer der erneuerbaren Energien, Josef Gemperle, vertritt eine Extremposition beim Kriterium «liberale Gesellschaft».

Bild: Andrea Tina Stalder

Der Konservativste, die Sozialste

Die Wahlplattform Smartvote zeigt anhand von acht Kriterien die extremsten Thurgauer Nationalratskandidaten.

Thomas Wunderlin

Den Cannabiskonsum will Josef Gemperle nicht legalisieren. Ärzten will es der Nationalratskandidat der Mitte nicht erlauben, aktive Sterbehilfe zu leisten. Von einem dritten amtlichen Geschlecht will er nichts wissen. Mit «eher Nein» beantwortet er zudem die Frage, ob gleichgeschlechtlichen Paaren dieselben Rechte wie gemischtgeschlechtlichen Paaren zustehen sollen.

Aufgrund solcher Antworten erreicht Gemperle gemäss einer Auswertung der Wahlplattform Smartvote beim Kriterium «liberale Gesellschaft» nur 23 Prozent. Smartvote hat im Auftrag der Thurgauer Zeitung die Antworten aller Thurgauer Nationalratskandidaten auf den Hauptlisten nach acht Kriterien ausgewertet. Beim Kriterium «liberale Gesellschaft» sind die 23 Prozent Gemperles der tiefste Wert. Der bekannte Vorkämpfer erneuerbarer Energien ist somit der am wenigsten liberale respektive der konservativste Nationalratskandidat.

Beim Kriterium «liberale Gesellschaft» steht die Grüne Cornelia Hauser mit 93 Prozent am andern Ende der Skala. Sie stimmt allen vier erwähnten Forderungen zu, die Gemperle ablehnt. Damit ist sie liberaler als alle andern.

Aufrecht-Kandidat mit null Prozent Zustimmung

Wer die bilateralen Verträge mit der EU kündigen, aber auch nicht mit den USA ein Freihandelsabkommen eingehen will, der würde sich vielleicht vom Aufrecht-Kandidaten Georg Schulthess vertreten fühlen.

Bei Fragen zu einer «offenen Aussenpolitik» kommt er auf

eine Zustimmung von null Prozent. Am andern Ende figuriert die Grünliberale Nicole Zeitner mit einem Wert von 97 Prozent. Sie befürwortet engere Beziehungen mit der EU und will auch die Zusammenarbeit mit der Nato ausbauen.

Schulthess markiert auch beim Kriterium «restriktive Migrationspolitik» eine Extrem-

position, hier kommt er auf 100 Prozent Zustimmung. Auf diesen Wert kommt ebenso die SVP-Kandidatin Judith Ricklin. Schulthess und Ricklin lehnen beispielsweise beide eine Lockerung der Einbürgerungsbedingungen ab.

Dies befürworten hingegen vier Kandidaten, die beim Kriterium restriktive Migrationspolitik auf

null Prozent Zustimmung kommen, nämlich die Grünliberalen Stefan Leuthold und Ueli Fisch sowie die Grünen Simon Vogel und Kurt Egger.

Man hätte auch SP-Leute auf dieser Position erwartet. Ihre Antworten unterscheiden sich von jenen der GP- und GLP-Vertretern jedoch in einigen Nuancen. So unterstützt beispielsweise SP-Präsidentin Marina Bruggmann nur mit «eher Ja» die Forderung, mehr qualifizierte Angehörige von Nicht-EU/EFTA-Staaten in der Schweiz arbeiten zu lassen. Die vier Grün-Grünliberalen haben hier ein klares Ja angeklickt.

Gutjahr unterbietet alle bei Umweltschutz

Vogel und Egger stimmen hingegen beim «ausgebauten Umweltschutz» zu 100 Prozent zu. Hier erreichen die SVP-Vertreter Pascal Schmid und Diana Gutjahr mit 6 Prozent die tiefste Zustimmung. Gutjahr setzt sich mit 10 Prozent Zustimmung auch am wenigsten für einen «ausgebauten Sozialstaat» ein. Hier markiert Gewerkschaftspräsident Lukas Auer, SP, mit 98 Prozent den Gegenpol.

Bei «Law & Order» erreicht Pascal Schmid (SVP) mit 85 Prozent den Höchstwert. Zu einem Verbot einer automatischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum sagt er beispielsweise «eher Nein», während Kurt Egger (GP) zustimmt. Egger kommt bei «Law & Order» nur auf 6 Prozent, was hier der tiefste Wert aller Kandidaten auf den Hauptlisten ist.

Bruggmann hält wenig von restriktiver Finanzpolitik

Bleiben Finanzen und Wirtschaft. Für eine «restriktive Finanzpolitik» kann sich SP-Kantonalpräsidentin Marina Brugg-

mann nicht erwärmen; ihre Zustimmung beträgt 19 Prozent. Sie will die Ausgaben für soziale Wohlfahrt, für Bildung und Forschung sowie für den öffentlichen Verkehr deutlich erhöhen. Der Staat soll nach ihrer Meinung mehr Geld für die Krankenkassen-Prämienverbilligung zur Verfügung stellen, und der Bund soll den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker fördern.

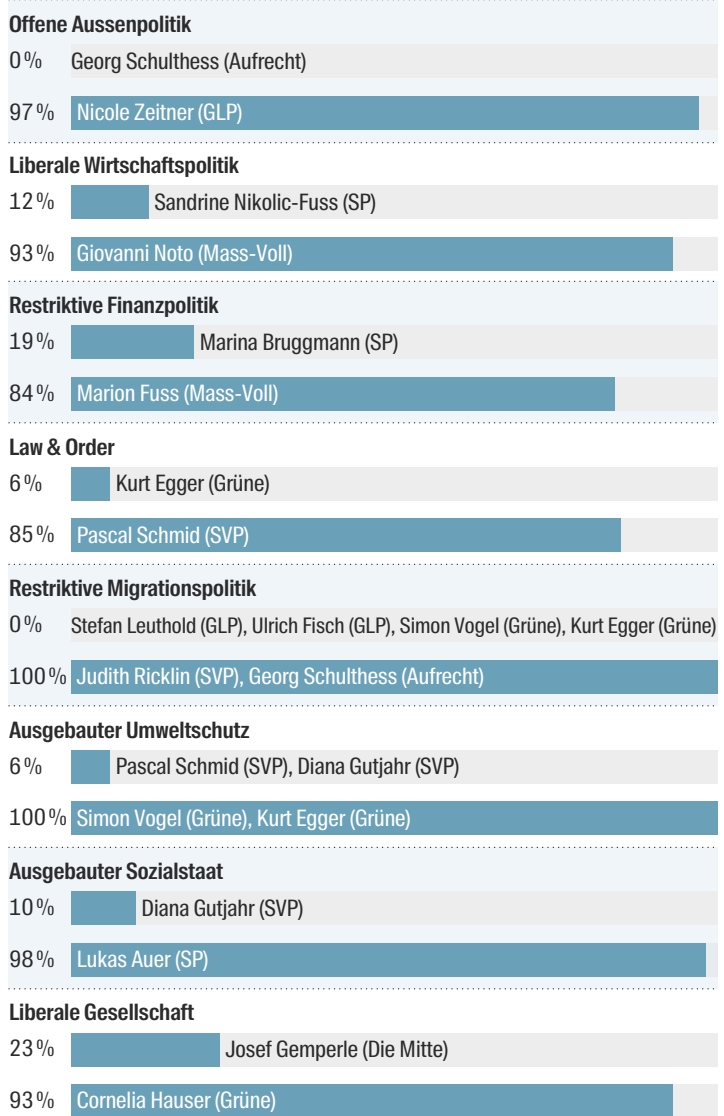
Die restriktivste Finanzpolitik vertritt Marion Fuss von der Liste Mass-Voll mit einer Zustimmung von 84 Prozent. Sie will weder die Beiträge an die Prämienverbilligung erhöhen noch den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker fördern. Ausserdem möchte die Vertreterin der Massnahmenkritiker sowohl für soziale Wohlfahrt wie auch für Entwicklungszusammenarbeit deutlich weniger ausgeben. In einem Punkt sind sich Fuss und Bruggmann einig: Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahren lehnen beide ab.

Massnahmenkritiker gegen Gewerkschaftspräsidentin

Die liberalste Wirtschaftspolitik vertritt Giovanni Noto von der Aufrecht-Liste mit 93 Prozent Zustimmung. Er lehnt schärfere Regulierungen des Bankensektors ab, will Bauvorschriften bezüglich Lärmschutz und Ausnutzungsziffern lockern und setzt sich für einen freien Markt für private Strombezügler ein.

Alle drei Forderungen lehnt die SP-Kandidatin Sandrine Nikolic-Fuss ab. Die Präsidentin des Swiss-Kabinetpersonals fordert ausserdem einen Mindestlohn von 4000 Franken und eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Mann und Frau. Sie kommt damit auf 12 Prozent Zustimmung für eine liberale Wirtschaftspolitik. Niemand liegt tiefer.

Die extremsten Thurgauer Nationalratskandidierenden



Quelle: Smartvote/Grafik: let, rus